

Kompetenz-Hickhack statt großer Sozialarbeits-Koalition

Grüne/SIP-Fraktion nimmt im Stadtrat ein Wahlkampfversprechen ernst, an das sich kaum einer erinnern will

Von Marius Koity

Pößneck. In Pößneck müssen Sozialarbeiter wieder auf die Straße. Dieser Überzeugung ist die Grüne/SIP-Fraktion im Pößnecker Stadtrat und so hat sie zur jüngsten Sitzung des kommunalen Parlamentes die Schaffung einer entsprechenden Stelle ab 1. Januar 2020 in der städtischen Verwaltung beantragt.

Eine Aufgabe des Streetworkers wäre unter anderem, Jugendlichen niedrigschwellig soziale Kompetenzen zu vermitteln, um damit beispielsweise Ruhestörungen und Vandalismus entgegenzuwirken. Den Bedarf an Straßensozialarbeit begründeten Steve Richter (Grüne) und Constanze Truschzinski (SIP) auch mit „Sieg Heil!“ grölenden Jugendlichen und der Graffitiplage in Pößneck.

Das lokale Sozialarbeitsangebot des zuständigen Saale-Orla-Kreises reiche zum einen nicht, sei zum anderen ineffektiv. Die Polizei wiederum habe kein Personal für Prävention. Die Stadt müsse sich im eigenen Interesse selbst helfen, so die Grüne/SIP-Fraktion, beispielsweise den Altstadtplatz und den Lutschgenpark als Brennpunkte benennend.

Kleindienst will mehr Polizei auf der Straße

Richter, der den Antrag vortrug und begründete, hatte auf eine große Sozialarbeits-Koalition für Pößneck gehofft, zumal FDP/Freie Wähler und CDU im Stadtratswahlkampf mit einer Professionalisierung der Jugendarbeit um Stimmen warben. Speziell in der Bürgermeisterfraktion war sogar von der Schaffung hauptamtlicher Strukturen die Rede.

Zu hören bekam Richter, mal abgesehen vom Desinteresse einzel-



Straßensozialarbeit könnte helfen, in Pößneck den Vandalismus einzudämmen.

FOTO: MARTIN SCHÖNE

ner Fraktionen, aber vor allem Gegenreden. Wolfgang Kleindienst (Birso/UBV) beispielsweise verunglimpfte seine Banknachbarfraktion zunächst als „Bündnis 90/Die Roten“, um dann „mehr Polizei und Ordnungsamt auf der Straße“ zu fordern. Kontaktbereichsbeamte sollten sich auch mal in der Dunkelheit auf die Straße wagen und „nicht nur du du sagen“, wenn etwas ist.

Bürgermeister Michael Modde (parteilos) fand, dass erst einmal die Eltern und Familien der Problemjünglichen aktiv werden müssten. Außerdem seien doch Sozialarbeiter schon in den Schulen. Richter stellte später richtig, dass ein Schul- und ein Straßensozialarbeiter völlig



So schön kann Straßensozialarbeit sein: In Gera unterhält ein Streetwork-Verein mit Hilfe des Lions Clubs ein einladendes Büro auf Rädern, in Pößneck können die Befürworter mobiler Jugendangebote nur davon träumen.

FOTO: SYLVIA EIGENRAUCH

unterschiedliche Aufgaben hätten.

Modde erinnerte zudem daran, dass die Stadt den Saale-Orla-Kreis

in diesem Jahr mit 5,2 Millionen Euro finanziere und da dürfe man doch wohl eine angemessene So-

zialarbeitsversorgung vom Aufgabenträger erwarten. Freilich sei Sozialarbeit keine Pflichtaufgabe der Stadt, aber sie habe doch einen Bedarf, ließ Richter nicht locker.

Das Geld für einen eigenen Streetworker, der 80.000 bis 100.000 Euro pro Jahr kosten würde, habe die Stadt nicht, sagt Modde schließlich, offenbar an eine Vollzeitstelle denkend. Richter hatte hingegen nur eine Teilzeitstelle beantragt.

Bernhardt stellt sich zwischen die Grabenkämpfer

Zwischendurch war Kleindienst der Meinung, dass die Familien- und Sozialpolitik der Grünen nicht funktionieren könne, so lange diese Partei für die Legalisierung von Drogen eintrete. „Wir leben im 21. Jahrhundert!“, erwiderte Richter, das autoritäre Weltbild seines Kollegen in Frage stellend.

Ferner war man der Meinung, dass sich vielleicht auch das Bildungswerk Blitz um Straßensozialarbeit in Pößneck kümmern würde. Man müsste dem Verein diese Leistung nur vergüten.

Spät, aber nicht zu spät in der Debatte stellte sich Oliver Bernhardt (FDP/FW/FFW) zwischen die Grabenkämpfer. „Bevor wir den Antrag ablehnen, sollten wir uns informieren“, sagte er. Ihn würde es schon interessieren, was ein städtischer Sozialarbeiter leisten könnte, gab er zu verstehen.

So beantragte Bernhardt, die Diskussion im Stadtrats-Sozialausschuss fortzusetzen. Elf Stadträte waren dafür, zehn dagegen, einer hatte mit Enthaltung gestimmt – knapper geht's nicht. Ob die Details im Ausschuss genauso transparent beziehungsweise öffentlich erörtert werden wie im Plenum, wird sich zeigen.